

## OFFENER BRIEF AN EU-PARLAMENTARIER\_INNEN

---

Sehr geehrter Herr Dr. Karas,

die Berichte unserer Partnerorganisationen vor Ort auf Lesbos über das tragische Bootsunglück in der Nacht von 5. auf 6. Oktober, bei dem zumindest 18 Menschen gestorben sind, haben uns wieder einmal ziemlich betroffen und hilflos gemacht.

Für uns ist es augenscheinlich, dass dieses Unglück – so wie unzählige andere – die Folge der menschenrechtswidrigen Praktiken ist, die die EU zulässt, um flüchtende Menschen von Europa fernzuhalten.

Die von der griechischen Küstenwache unter Beteiligung von Frontex durchgeführten Pushbacks sowie das rücksichtslose Vorgehen der Schlepper sind lebensbedrohlich:

- Pushbacks sind verboten und verstoßen gegen bestehendes europäisches und internationales Recht.
- Das Schlepperwesen funktioniert nur deswegen, weil es de facto keine Möglichkeit der legalen Migration in die EU gibt.

Für beide Formen der Menschenrechtsverletzung ist also die EU-Politik mitverantwortlich.

Da es auch an anderen europäischen Außengrenzen – z.B. in Bosnien, Calais, Ceuta – immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und Todesfällen kommt, ist es höchst an der Zeit, dass Europa seine eigenen Vorgaben ernst nimmt und sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention sowie auf die ungeteilte Einhaltung der Menschenrechte zurückbesinnt. Leider ist aber das Gegenteil der Fall, denn Europa stellt sich mit kriegerischen Mitteln gegen jene Menschen, die Schutz und Zuflucht vor den Bedrohungen suchen, denen sie in ihren Heimatländern ausgesetzt sind. Durch Klimakrisen, Hungersnöte und kriegerische Konflikte wird ihre Zahl weiter zunehmen.

Üben Sie Druck auf die griechische Regierung aus und stoppen Sie die Pushbacks. Die für die Pushbacks Verantwortlichen sollten sich vor Gericht rechtfertigen müssen, nicht diejenigen, die versuchen Hilfe zu leisten.

Wenn Politiker\_innen anstelle des Begriffs „Migration“ gebetsmühlenartig den Begriff „illegale Migration“ verwenden, täuschen sie die Existenz einer legalen Option vor. In Wahrheit haben flüchtende Menschen aber keine Wahl – es gibt nur illegale Fluchtwege in die Festung Europa. Wir appellieren daher an Sie und an alle Verantwortlichen, verstärkt Maßnahmen zu setzen, um geordnete, sichere und legale Fluchtwege zu eröffnen. Das wäre auch die wirksamste Maßnahme gegen das Schlepper-Geschäft.

Bundeskanzler Nehammer und andere europäische Entscheidungsträger\_innen fordern das Gegenteil: Grenzzäune und einen verstärkten Grenzschutz durch Frontex, obwohl bekannt ist, dass diese Agentur mit großer Härte gegen flüchtende Menschen vorgeht.

Wir ersuchen Sie dringend, eine nachhaltige und menschenrechtskonforme europäische Asylpolitik voranzutreiben und zu etablieren.



SO SIND WIR NICHT ist eine von 76 Organisationen und 721 Einzelpersonen getragene überparteiliche und überkonfessionelle Vernetzungsplattform zum Thema Flucht mit Sitz in Innsbruck.

[www.so-sind-wir-nicht.com](http://www.so-sind-wir-nicht.com)